

INFORMATIONEN

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1976 – September

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

„Aufschwung mit Fragezeichen“, „Der Aufschwung ist in einer Formkrise“ – so und ähnlich lauten in den letzten Wochen und Monaten die Überschriften der Wirtschaftspresse. Tatsächlich ist die Belebung der Produktion – nur das ist mit „Aufschwung“ gemeint – ins Stocken geraten.

Das kann jedoch nicht überraschen. Wie in den vorangegangenen „Informationen“ schon dargestellt, zeigte die konjunkturelle Belebung in der Bundesrepublik nach der längsten Nachkriegskrise keinesfalls die für einen „Aufschwung“ sonst typischen Merkmale. Die Industrieproduktion stieg nur zögernd, die Beschäftigung blieb rückläufig, die Masseneinkommen erhöhten sich kaum. Vor allem blieb die Investitionstätigkeit außergewöhnlich niedrig, obwohl die Unternehmerprofite schon in der letzten Phase der Krise kräftig angestiegen waren. Dieser Bereich ist und bleibt der kritischste Punkt der konjunkturellen Entwicklung. Nachdem die Produktion der Investitionsgüterindustrien bis zum 30. Juni noch durch die Investitionsprämie gestützt worden war, ist es danach zunächst zu einem Rückschlag gekommen.

Die Auftragsentwicklung der Maschinenbauindustrie zeigt diese Entwicklung sehr deutlich an.

Während die Konjunktur bisher noch durch die private Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern stabilisiert wurde, scheint der Nachholbedarf inzwischen weitgehend befriedigt zu sein. Die Nachfrage nach Pkw normalisiert sich.

Der Einzelhandel blickt überwiegend pessimistisch in die Zukunft.

Auch diese Entwicklung verwundert nicht, denn sinkende Tarifabschlüsse, sozialer Abbau und verlangsamte steigende Sozial-einkommen müssen sich auch auf die private Nachfrage auswirken. Das wird sich in den nächsten Monaten eher noch verstärkt bemerkbar machen. Denn ein positiver Einkommenseffekt infolge wachsender Beschäftigung ist 1976 nicht zu registrieren und wird auch von den größten Optimisten nicht erwartet.

Tatsächlich ist die private Nachfrage gegenwärtig der entscheidende „Konjunktur-engpaß“. Denn die Investitionstätigkeit wird vor allem deswegen behindert, weil die Absatzmöglichkeiten fehlen.

Die Konjunktur wird auch von der Seite der öffentlichen Nachfrage her eher gebremst. Die „Sparmaßnahmen“ in Verbindung mit den insbesondere bei den Gemeinden spürbaren Finanzierungsschwierigkeiten haben vor allem die staatliche Investitionstätigkeit behindert. Die Chance, durch eine kräftige Ausweitung der öffentlichen Investitionen die längst überfälligen Infrastrukturmaßnahmen nachzuholen, dadurch den Rückgang der privaten Investitionen auszugleichen und so konjunkturstabilisierend zu wirken, wird von der Bundesregierung verschenkt.

„Verschenkt“ ist hier wörtlich zu nehmen: Denn die Mittel für eine solche Politik wären durchaus vorhanden, wenn die Regierung den Unternehmern nicht laufend Steuer-schenke machen würde, die dort am Ende doch zu keiner zusätzlichen Investitionstätigkeit führen. Auf mehr als 22 Milliarden DM werden z. B. allein die Rückstände geschätzt, mit denen die Steuerzahler, fast ausschließlich Unternehmen und Kapital-eigner, beim Staat in der Kreide stehen.

Das einzige stabilisierende Moment stellt die Exportnachfrage des Auslands dar. Obwohl die Auslandskonjunktur durchaus nicht günstiger verläuft als in der BRD und obwohl die außenwirtschaftlichen Disproportionen wieder anwachsen, kann die BRD ihre außergewöhnlich starke Weltmarktposition noch ausbauen. Die Importe werden von den Handelspartnern teilweise durch den Export von Wertpapieren und Unternehmensbeteiligungen finanziert, die Kehrseite des forcierten Kapitalexports der Bundesrepublik.

Trotz „Aufschwung“ zeigen alle Untersuchungen, daß das Beschäftigungsproblem nach wie vor das soziale Hauptproblem ist. Immer mehr Arbeitslose verschwinden nur statistisch in der „Arbeitsmarktreserve“, die Erwerbsquote sinkt. Es bildet sich ein „Kern“ von Dauerarbeitslosen heraus, de-

ren Zukunftsaussichten immer schlechter werden. Im Mai 1976 waren schon mehr als 160000 Arbeiter und Angestellte länger als ein Jahr arbeitslos.

Es zeigt sich, daß das Problem der Arbeitslosigkeit nicht nur mit dem „Aufschwung“ nicht verschwindet, sondern im Gegenteil noch drängender wird.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenhandel

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Preise
- 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.5 Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Seit Ende 1975 nimmt das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik auch in realen Werten wieder zu. Das erste Quartal 1976 ergab ein deutlich höheres Ergebnis als das entsprechende Vorjahresquartal, lag allerdings mit seiner Produktion noch immer unter dem Wert des Jahres 1974.

Reales Bruttosozialprodukt¹

	In Mrd. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
1973	592,4	+ 5,1
1974	595,0	+ 0,4
1975	574,8	- 3,4
1. Vj. 1976	144,7	+ 5,2

¹ In Preisen von 1962 (Quelle: DIW-Wochenbericht, 21/76)

Obwohl die Zuwachsraten vielfach als „kräftig“ apostrophiert wurden, fallen sie bei einem Vergleich mit 1968 eher bescheiden aus. Damals wurden Zuwachsraten von 7,3 Prozent verzeichnet. Berücksichtigt man, daß der Einbruch diesmal besonders tief war, dann muß die Produktionsentwicklung gegenwärtig als vergleichsweise langsam bezeichnet werden. Zudem ist die Zahl der Produktionstage 1976 höher, so daß der Zuwachs in arbeitstäglicher Bereinigung noch geringer ausfallen dürfte. Das „Arbeitgeberjahr“ 1976 hat vier Arbeitstage mehr als 1975, ein rechnerischer „Wachstumseffekt“ von immerhin zwei Prozent (HB v. 16. 6. 76).

Angesichts der im Wahlkampf von Seiten der Bundestagsparteien geschürten nationalistischen Demagogie soll einmal verglichen werden, wie die großen kapitalistischen Industriestaaten die Krise hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ausgedrückt im Bruttosozialprodukt, überstanden haben.

Bruttosozialprodukt in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	1974	1975
USA	- 1,8	- 2,0
Kanada	+ 2,8	- 0,5
Japan	- 1,2	+ 2,0
Westeuropa	+ 2,1	- 2,8
BRD	+ 0,4	- 3,4
Frankreich	+ 3,9	- 3,0
Großbritannien	0,0	- 2,0
Italien	+ 3,4	- 3,7
Niederlande	+ 2,0	- 2,0
Schweden	+ 4,2	0,0
Belgien	+ 4,3	- 2,7
Schweiz	+ 2,0	- 7,0
Österreich	+ 4,5	- 2,0
Dänemark	+ 1,6	- 0,8
Norwegen	+ 3,7	+ 3,0
Finnland	+ 3,8	0,0

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, Monatsberichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, 7/1976)

Die Tabelle widerlegt sowohl die demagogische Behauptung vom „Modell Deutschland“ der Bundesregierung als auch die ebenso demagogische These der CDU/CSU, die Regierung (d. h. die Sozialdemokraten) seien in erster Linie an der Krise schuld. Ähnlich tief wie in der BRD war der Produktionseinbruch nur noch in den USA und in der Schweiz, beides eher konservativ regierte Länder.

Dagegen sank die gesamtwirtschaftliche Leistung in den großen europäischen Nachbarländern wie Frankreich, Italien und England – Länder, die man hierzulande meist als streikzerrüttet und wirtschaftlich im Vergleich zur BRD am Abgrund stehend zeichnet – wesentlich geringer.

Ausgerechnet die sozialdemokratisch regierten skandinavischen Länder kamen relativ unbeschadet über die Krise: ein Argument sowohl

gegen SPD- als auch CDU/CSU-Demagogie. Denn nach der Krisenerklärung der Bundesregierung – die Krise sei nur weltmarktbedingt – hätten gerade diese extrem exportabhängigen Länder besonders tief in der Krise stecken müssen.

Aber auch die „Krisenerklärung“ der CDU/CSU ist nicht haltbar: Die sozialdemokratisch regierten Länder Skandinaviens weisen einer, auch im Vergleich zur BRD hohen Staatsanteil am Bruttosozialprodukt auf, sind also – in der Terminologie der Opposition – „sozialistischer“ als die Bundesrepublik.

Mit diesen wenigen Feststellungen kann natürlich hier kein Ländervergleich bestritten werden – die Situation ist komplizierter, als sie sich bei einer Gegenüberstellung nur der Wachstumsraten ergibt.

Trotzdem entlarven sie die allein auf Emotionen, Vorurteile und Ressentiments gezielten Wahlkampfthesen der Bundestagsparteien.

1.2 Produktion

Die vergleichsweise langsame Entwicklung der Produktionsbelegung hat ihre Grundlage in der ebenfalls langsamen Entwicklung der industriellen Produktion, die gegenwärtig eher noch etwas langsamer verläuft als die Steigerung des Bruttosozialprodukts.

Bruttosozialprodukt und Industrieproduktion in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Bruttosozialprodukt	Industrieproduktion
1966	+ 2,9	+ 1,3
1967	- 0,2	- 2,8
1968	+ 7,3	+ 9,3
1969	+ 8,2	+ 12,8
1970	+ 5,8	+ 6,0
1971	+ 2,7	+ 1,5
1972	+ 3,0	+ 4,3
1973	+ 5,1	+ 6,8
1974	+ 0,4	- 1,4
1975	- 3,4	- 6,3
1. Vj. 1976	+ 5,2	+ 3,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, verschiedene Jahrgänge; BMWI, Leistung in Zahlen)

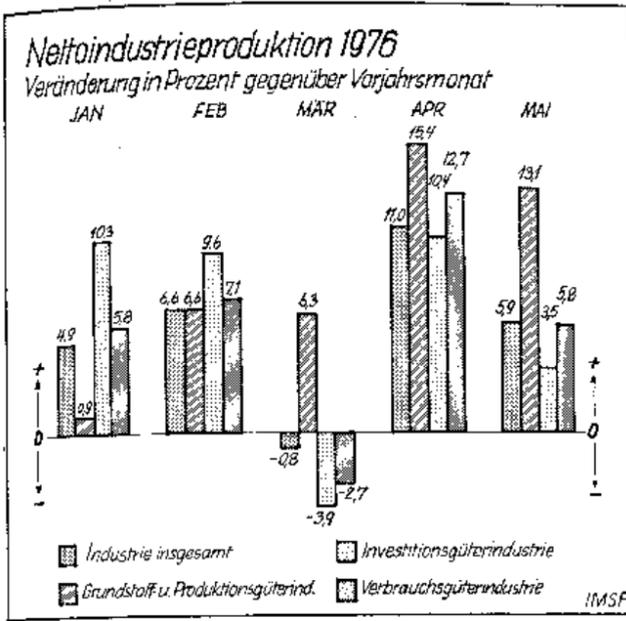
Im Aufschwung erhöhte sich die industrielle Produktion in der Vergangenheit immer deutlich stärker als das Bruttosozialprodukt. Wie die bisher vorliegenden Zahlen deutlich machen, ist das bis in die Gegenwart hinein noch nicht der Fall, ein Beleg für den untypischen Verlauf des konjunkturellen Aufschwungs.

Die industrielle Produktion steigt zögernd und mit großen Schwankungen, so daß kurzfristige Rückschläge bis heute noch nicht ausgeschlossen werden können.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1975	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Gesamte Industrie	- 6,3	+ 4,9	+ 6,6	- 0,8	+ 11,0	+ 6,0	+ 9,8
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	- 12,4	+ 0,9	+ 6,6	+ 6,3	+ 15,3	+ 13,1	+ 14,1
Investitionsgüterindustrie	- 4,8	+ 10,3	+ 9,6	- 3,9	+ 10,4	+ 3,6	+ 8,3
Verbrauchsgüterindustrie	- 5,4	+ 5,8	+ 7,1	- 2,7	+ 12,7	+ 5,7	+ 8,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/76, S. 65; FAZ v. 13. 8. 76)



Es ist zudem zu berücksichtigen, daß am 30. Juni der Auslieferungstermin für die Investitionsgüter ausgelaufen ist, auf die die Investitionsprämie gezahlt wird. Die Produktionsdaten der Investitionsgüterindustrien in den letzten Monaten dürften dadurch nach oben getrieben worden sein.

Die relativ hohen Zuwachsraten der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sind teilweise durch spekulative Lagerinvestitionen nach oben getrieben worden. Denn der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise mit – einer laufenden Jahresrate von acht Prozent – dürfte angesichts steigender Rohstoffpreise manches Unternehmen zu vorgezogenen Hortungskäufen veranlaßt haben. Wenn aber die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sich nicht entsprechend erhöht, dann muß es früher oder später zu einem Rückschlag kommen.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion in ausgewählten Industriezweigen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Industrie insgesamt	+ 4,9	+ 6,6	- 0,8	+ 11,0	+ 6,0
Bauindustrie	- 6,5	- 12,0	- 8,6	+ 9,9	+ 3,3
Eisenschaffende Industrie	- 20,3	- 7,2	- 2,9	- 2,6	+ 14,1
Chemische Industrie	+ 10,4	+ 13,1	+ 13,3	+ 23,6	+ 18,8
Maschinenbau	+ 6,3	+ 3,4	- 11,2	+ 5,6	- 3,7
Straßenfahrzeugbau	+ 30,3	+ 30,4	+ 11,7	+ 14,5	+ 10,1
Elektrotechnische Industrie	+ 7,6	+ 6,4	- 5,7	+ 3,7	+ 8,3
Textilindustrie	+ 9,1	+ 9,2	+ 3,0	+ 19,6	+ 9,9
Bekleidungsindustrie	- 3,1	- 1,2	- 13,2	+ 4,4	+ 4,8

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/76, S. 360*)

Auch die Produktionsdaten der einzelnen Industriezweige zeigen, daß die Entwicklung immer noch sehr differenziert und teilweise unsicher ist. Herausragend sind gegenwärtig noch die Automobilindustrie und die chemische Industrie, wobei die Pkw-Produktion inzwischen jedoch wesentlich langsamer steigt.

Noch immer niedriger als im Vorjahr ist die Stahlerzeugung. Im ersten Halbjahr 1976 wurden 0,6 Prozent weniger Roheisen, 1,2 Prozent weniger Rohstahl und 0,4 Prozent weniger Walzstahl erzeugt, wobei der Juni einen besonders starken Rückgang brachte.

Auch die Auftragslage zeigt keine wirklich eindeutige und allgemeine Besserung.

Industrielle Auftragseingänge 1976 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Industrie insgesamt (1)	Grundstoff- und Produktionsgüter (1)	Investitionsgüter (1)	Verbrauchsgüter (1)	(2)	(2)	(2)
Januar	+ 6,5	+ 5,2	+ 6,9	+ 10,5	+ 3,9	- 1,1	+ 12,9
Februar	+ 9,7	+ 8,0	+ 11,8	+ 13,1	+ 4,7	+ 0,7	+ 20,0
März	+ 26,5	+ 23,7	+ 26,8	+ 25,7	+ 23,6	+ 19,2	+ 33,2
April	+ 4,8	+ 1,4	+ 6,7	+ 4,5	+ 4,5	0,0	+ 2,5
Mai	+ 21,6	+ 15,9	+ 24,5	+ 19,8	+ 18,2	+ 10,6	+ 24,4
Juni	- 6,1	- 9,4	+ 17,9	+ 12,7	- 23,0	- 26,0	+ 17,2

(1) Wertindex; (2) Volumenindex

(Quelle: Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft 8/76, FAZ v. 5. 8. 1976)

Angemerkt sei eine statistische Besonderheit: Die Märzdaten zeigen bei der Produktion außergewöhnlich niedrige, bei den Auftragseingängen außergewöhnlich hohe Werte (vgl. „Info“ 2/76). Das ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß der März 1976 einige Arbeitstage mehr hatte als der März 1975. Die Auftragseingangszahlen berücksichtigen das nicht, die Produktionszahlen dagegen sind arbeitstäglich bereinigt.

Da auch die Produktionsdaten aus dem Rahmen fallen, überschätzt offensichtlich die gegenwärtig angewandte Methode der Bereinigung den Einfluß der Arbeitstage.

Die für einen konjunkturellen „Aufschwung“ gedämpfte Auftragsentwicklung wird bei einem Vergleich von Umsatz und Auftragseingängen besonders deutlich. Dabei wird der Wert der Auftragseingänge in Prozent zum Wert der Umsätze gesetzt.

Auftragseingang in Prozent des Umsatzes

	1975	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Industrie insgesamt	103,7	108,6	107,8	110,5	106,4	104,3
Maschinenbau	106,8	125,6	106,0	100,9	101,3	98,5
darunter:						
Produktionsgüterindustrie	119,1	193,6	110,7	100,0	77,1	76,5
Verbrauchsgüterindustrie	98,9	125,1	104,6	106,6	91,7	100,8
Landwirtschaft	106,5	145,3	98,3	77,7	88,5	75,0

(Quelle: Monatsbericht des BMWI, 8/76)

Die Zahlen der Tabelle dürften nur leichten Verzerrungen durch die Preisentwicklung unterliegen, da die Aufträge bei der Bewertung die Preiserhöhungen bis zur Auflieferung des bestellten Produktes vorwegnehmen. Insgesamt zeigt sich, daß die Auftragseingänge sich kaum schneller entwickeln als die Produktion. Die Entwicklung der Maschinenbauindustrie ist noch durch die Auswirkungen der Investitionsprämie verzerrt. Die hohen Januar- und Februarzahlen erklären sich aus der Tatsache, daß viele Begünstigte mit der Auslieferung der bestellten Maschinen bis kurz vor Ablauf des Stichtages, dem 30. Juni, warten, so daß die Umsätze der Maschinenbauindustrie erst in den letzten Monaten davor entsprechend ansteigen.

Insgesamt aber zeigen alle Zahlen über die Maschinenbauindustrie die andauernde Schwäche der Investitionstätigkeit, einem Charakteristikum des gegenwärtigen „Aufschwungs“.

An dieser Stelle sei noch einmal auf die Ungenauigkeit der Monatsdaten hingewiesen.

So wurden gerade bei den Auftragsdaten ungeheure Fehlberechnungen des Statistischen Bundesamtes festgestellt. Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) wies darauf hin, daß der Index der Inlandsaufträge der Maschinenbauindustrie im September 1975 vom Bundesamt zunächst mit 181 angegeben wurde, später aber auf 147 korrigiert werden mußte. Er war also um 19 Prozent überhöht ausgewiesen worden.

Im Maschinenbau waren die Auftragsziffern im Januar zunächst um 28 Prozent, im Februar um 8 Prozent und im März um 12 Prozent überhöht ausgewiesen worden.

Die ersten vier Monate brachten der Bekleidungsindustrie nach den ersten Ergebnissen einen Zuwachs der Aufträge um 54 Prozent, eine Zahl, die angesichts der schlechten Einzelhandelsumsätze rätselhaft erschien. Nach Korrekturen mußte der Zuwachs auf 17,4 Prozent reduziert werden. Die Berechnungsfehler erreichten teilweise Ausmaße, die durch Schlagzeilen wie: „Belebung ein Rechenfehler“ (Kölnischer Stadtanzeiger vom 10./11. 7. 76) oder „Computerfehler brachte Auftragsboom“ (FAZ vom 30. 6. 76) gekennzeichnet sind. Gerade im zentralen Bereich der Maschinenbauindustrie liegen die inländischen Auftragsgänge der letzten Monate nach den Zahlen des Bundesamtes beträchtlich über, nach den Zahlen des VDMA beträchtlich unter den Vorjahreswerten.

Für sich genommen wären diese Irrtümer – da sie sich in dem beschriebenen Ausmaß ja nur auf die „vorläufigen“ Daten beziehen – nur von methodischem Interesse. Zu beachten ist jedoch, daß heute mit solchen Zahlen Politik gemacht wird, gegenwärtig z. B. dienen sie dazu, um allgemeinen Konjunkturoptimismus zu verbreiten.

Allerdings muß angenommen werden, daß die Vorwürfe des VDMA nicht aus Fachinteresse an korrekten Statistiken verbreitet werden. Erst seit Jahresanfang führt das Statistische Bundesamt im Maschinenbau eigene Erhebungen durch. Bisher lag das in eigener Regie der VDMA. Da die Daten nun beschleunigt von den einzelnen Unternehmen an die statistischen Landesämter gemeldet werden müssen, wo sie aufbereitet und dann ans Statistische Bundesamt weitergeleitet werden, ist das mit zusätzlicher Arbeit für die Betriebe verbunden. Der VDMA möchte nun zumindest erreichen, daß die Meldefristen verlängert werden – wodurch die Veröffentlichung der Zahlen noch weiter hinausgezögert würde. Aus diesem Grunde greift er nun die „vorläufigen“ Daten des Bundesamtes an, um dessen bisherige Praxis zu diskreditieren.

Auch in diesem scheinbar abgelegenen Gebiet dokumentiert sich so der Widerspruch zwischen dem Profitinteresse der einzelnen Betriebe und dem Systeminteresse des Kapitals. Denn an sich benötigt die Wirtschaftspolitik die statistischen Daten so rasch und so korrekt wie möglich. Da sie diese aber nur von den einzelnen Unternehmen beziehen kann, stellt das eine Kostenbelastung für diese dar. Je weniger Zahlen erhoben werden müssen und je mehr sich der einzelne Betrieb damit Zeit lassen kann, desto günstiger für ihn vom Standpunkt seines Profitinteresses.

Industrielle Auftragsgänge 1976 in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Industrie insgesamt		Grundstoff- und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Inland								
Januar	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 4,9	+ 0,4	- 3,7	+ 10,2	+ 10,9
Februar	+ 9,7	+ 8,3	+ 9,4	+ 9,9	+ 6,7	+ 3,6	+ 16,6	+ 15,9
März	+ 25,8	+ 23,4	+ 25,9	+ 24,1	+ 23,1	+ 20,0	+ 30,5	+ 28,3
April	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,7	0,0	+ 2,1	- 2,1	+ 0,2	- 2,1
Mai	+ 19,6	+ 14,8	+ 23,2	+ 19,9	+ 15,6	+ 8,6	+ 21,1	+ 18,1
Juni	- 17,3	- 20,3	+ 15,2	+ 10,1	- 40,3	- 42,4	+ 12,9	+ 9,3

	Industrie insgesamt		Grundstoff- und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Ausland								
Januar	+ 13,7	+ 11,3	+ 18,0	+ 24,9	+ 9,3	+ 2,7	+ 30,7	+ 28,7
Februar	+ 19,6	+ 6,0	+ 17,6	+ 21,5	+ 1,1	- 4,9	+ 41,7	+ 39,2
März	+ 28,8	+ 24,7	+ 29,2	+ 30,3	+ 25,1	+ 18,5	+ 50,7	+ 47,5
April	+ 13,0	+ 9,1	+ 18,2	+ 18,1	+ 10,0	+ 4,2	+ 17,3	+ 14,0
Mai	+ 26,5	+ 18,4	+ 27,7	+ 20,2	+ 22,9	+ 13,9	+ 45,7	+ 42,9
Juni	+ 31,7	+ 25,9	+ 25,0	+ 19,8	+ 33,2	+ 26,8	+ 45,0	+ 40,4

(1) Wertindizes; (2) Volumenindizes

(Quelle: Monatsbericht des BMWI, 6/76; FAZ v. 5. 8. 1976)

Allerdings weiß der VDMA – und auch das Handelsblatt, das dessen Vorwürfe entsprechend ausbreitet –, daß die Wirtschaftspolitik ohnehin immer zu spät reagiert, u. a. weil sie die notwendigen Daten erst sehr spät erhält. Mit der Kritik am Bundesamt soll letzten Endes auch nur die Forderung nach weiterer Entlastung der Unternehmer von Steuern und Abgaben untermauert werden, d. h., der Staat soll die Kosten der Statistik in noch höherem Maße übernehmen (Angaben nach: HB v. 13. 7. 1976 und FAZ v. 30. 6. 1976).

Fragen der Wirtschaftsstatistik sind also im weitesten Sinne Klassenfragen – auch wenn das hier „nur“ vom Standpunkt der Kostenbelastung aus sichtbar wird.

Der gegenwärtige Konjunkturverlauf wird vor allem durch die Auslandsaufträge gestützt.

Die Entwicklung der Steigerungsraten im Vorjahresvergleich ist allerdings nur vor dem Hintergrund der Vorjahresentwicklung wirklich aussagekräftig. Es muß hier berücksichtigt werden, daß in den gleichen Monaten des Jahres 1975 die Konjunktur sich auf ihren Tiefpunkt hin entwickelte und dabei die Exportaufträge besonders rapide zurückgingen. Es werden hier aber trotz dieser einschränkenden Bemerkungen in den Tabellen die Vorjahresvergleiche vorgeführt, weil die Monatsvergleiche zu großen Saisonschwankungen und Zufälligkeiten unterliegen.

Die saisonbereinigten Zahlen – sie enthalten jedoch große rechnerische Ungenauigkeiten – ergeben eine Stagnation der Auftragsgänge seit Anfang 1976. Die gesamten industriellen Auftragsgänge lagen im Mai nur um 1,5 über denen vom Januar, dürften real also kaum gestiegen sein. Die Investitionsgüterindustrien mußten sogar einen leichten Rückgang um 0,5 Prozent hinnehmen. Die Entwicklung im Juni brachte einen weiteren saisonbereinigten Rückgang der Inlandsaufträge. Wirklich deutliche Zuwächse, die über den statistischen Fehlerquellen liegen, verzeichneten lediglich die ausländischen Aufträge der Verbrauchsgüterindustrien mit Zuwächsen zwischen Januar und Mai 1976 um 8,5 Prozent.

Auch die Auslandskonjunktur ist durch eine ausgeprägte Investitionsschwäche gekennzeichnet, die sich natürlich in der Struktur der Exportnachfrage niederschlägt.

1.3 Investitionen

Während der Aufschwung 1968/69 mit kräftigen Investitionssteigerungen verbunden war, ist die gegenwärtige Entwicklung – wie schon im „Info“ 2/76 festgestellt – noch immer durch eine ausgeprägte Investitionsschwäche gekennzeichnet. Auch der bisherige Verlauf gibt keinen Anlaß, dieses Urteil einzuschränken. Die Daten der Auftragsgänge der Maschinenbauindustrie sind ein deutliches Anzeichen für die weiterhin gedämpfte „Investitionsneigung“.

Daß sich daran in der näheren Zukunft in der Tendenz nichts ändern wird, belegen die Ergebnisse des jüngsten Konjunkturtests des Ifo-Instituts, die auf der Grundlage von Unternehmensbefragungen ermittelt wurden.

Veränderung der Brutto-Anlageinvestitionen in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	1974	1975	1976
Industrie insgesamt	- 3	- 3	+ 4
Grundstoff- und Produktionsgüter	- 3	+ 2	+ 3
Investitionsgüter	+ 4	- 10	+ 3
Verbrauchsgüter	- 16	- 7	+ 7

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 17/1976)

Da die Investitionsgüterpreise gegenwärtig mit einer Jahresrate von mehr als 4 Prozent ansteigen, werden nach dieser Angabe die Investitionen auch 1976 real nicht zunehmen

Es muß allerdings nach Ausrüstungs- und Bauinvestitionen differenziert werden. Nach einer gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung des

Ifo-Instituts werden die Ausrüstungsinvestitionen, also Maschinen usw., 1976 um real 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr zunehmen, dagegen die Bauinvestitionen nur um 2 Prozent. Da gesamtwirtschaftlich die Bauinvestitionen aber fast 55 Prozent der gesamten Anlageinvestitionen ausmachen, wird die Dynamik der Investitionstätigkeit von der Baunachfrage bestimmt (Wirtschaftskonjunktur, 6/76, A. 11). Anders bei den industriellen Investitionen, auf die sich die Tabelle bezieht. Dort sind Bauten nur mit ca. 20 Prozent beteiligt, wobei der Anteil in den letzten Jahren stark rückläufig war. Da die industrielle Investitionstätigkeit am stärksten der konjunkturellen Bewegung unterliegt, muß sie hier im Mittelpunkt stehen, obwohl sie mit nur etwa 15 Prozent an den gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen und mit 26 Prozent an den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen beteiligt ist.

Der rückläufige Anteil der Bauinvestitionen ist dabei Ausdruck der Rationalisierungstätigkeit. In der Regel ist die Umstellung der Produktionsmethoden ohne eine wesentliche Erweiterung der Produktionskapazitäten kaum mit zusätzlichem Bedarf an neuen Gebäuden verbunden, so daß lediglich der Ersatzbedarf befriedigt werden muß.

Auch die Ifo-Befragung zeigt das wachsende Gewicht der Rationalisierungsinvestitionen.

Zielsetzung der Investitionen in Prozent¹

	Kapazitätserweiterung				Rationalisierung				Ersatzbeschaffung			
	1973	1974	1975	1976	1973	1974	1975	1976	1973	1974	1975	1976
Industrie insgesamt	41	34	24	21	42	45	50	53	17	21	26	26
Grundstoff- und Produktionsgüter	39	33	25	23	40	43	51	53	21	24	24	24
Investitionsgüter	45	36	21	16	42	47	51	57	13	17	28	27
Verbrauchsgüter	39	33	38	24	41	39	30	38	20	28	32	38

¹ ... Prozent der Unternehmen, gewichtet mit dem Umsatz, planen Investitionen mit den Hauptzielen ... (Quelle: Ifo-Schnelldienst, 17/1976)

Nach einer Umfrage des Bundesverbandes Junger Unternehmer unter mittelständischen Unternehmen wird dort sogar mit einem weiteren Rückgang der Investitionen um 3 Prozent gerechnet. „Da die Kapazitäten bisher nur zu 80 Prozent ausgelastet seien, fehle der Impuls für zusätzliche Investitionen“ (FAZ v. 26. 6. 1976).

Obwohl die Produktionskapazitäten in den letzten Jahren nur noch verlangsamt gewachsen sind, ist der Auslastungsgrad noch immer gering. Im April 1976 lag er in der Industrie bei 80 Prozent, nur 5 Prozent höher als im April des Vorjahres (Ifo-Institut).

Die anhaltend geringe Investitionstätigkeit in der Industrie ist sicher erklärungsbedürftig. Zwar war in den Jahren 1969 und 1970 ein ausgesprochener Investitionsboom verzeichnet worden, der zum Aufbau von Überkapazitäten geführt hat. Aber immerhin sinken die Investitionen seit 1972 ununterbrochen, ohne daß eine Tendenzwende sichtbar wäre. Auch war die Krise 1974/76 besonders tief und hat besonders in mittelständischen Bereichen zu Kapazitätsvernichtung durch Unternehmenszusammenbrüche geführt.

Eine Ursache der anhaltenden Investitionsschwäche ist sicher die Investitionsprämie. Wie im „Info“ 2/76 aufgezeigt, hat sie zur zeitlichen Vorverlegung von Investitionen geführt, hat also in der Krise die Aufrechterhaltung von Überkapazitäten mit öffentlichen Geldern finanziert. Die „Reinigungsfunktion“ der Krise wurde dadurch behindert. Es wurden Überkapazitäten „durchgeschleppt“, die nun auf den „Aufschwung“ drücken und eine nach dem „normalen“ Verlauf fällige Neuanlage fixen Kapitals behindern. Insofern hat die Investitionsprämie in Verbindung mit anderen staatlichen Maßnahmen den Zyklus deformiert, ohne die Ursachen der Krise beseitigen zu können.

Auch die monopolistische Preispolitik und der Druck auf die nichtmonopolistischen Bereiche hat den Abbau von Überkapazitäten bei den Konzernen behindert.

Zudem kann der hohe Anteil der Rationalisierungsinvestitionen auch zu einer „Ökonomisierung des fixen Kapitals“ führen. In vielen Bereichen ist die Einführung einer neuen Produktionsmethode nicht nur mit einer Ersparnis an lebendiger Arbeit, sondern auch an fixem Kapital (z. B. Computerindustrie) verbunden. Das hat dann zur Folge, daß trotz rückläufiger Investitionstätigkeit die Kapazitäten zunehmen.

Einen ähnlichen Effekt hat die bessere Ausnutzung von Maschinen und Anlagen durch die Einführung von Schichtarbeit und die Intensivierung der Arbeit. War es angesichts knapper Arbeitskräfte früher nicht in jedem Fall möglich, zur Schichtarbeit überzugehen, so ist dieser „Engpaß“ heute beseitigt. Ein Übergang zur Schichtarbeit bedeutet aber eine Kapazitätserweiterung ohne zusätzliche Investitionen.

Den gleichen Effekt hat die Intensivierung der menschlichen Arbeit: mit den gleichen Maschinen wird mehr produziert, wenn die Angst um den Arbeitsplatz den Arbeitsdruck vergrößert. Zu einer empirischen Überprüfung dieser Annahmen fehlt gegenwärtig noch das Material. Sollten sie sich belegen lassen, so würden sie die anhaltend rückläufige Investitionstätigkeit zumindest teilweise erklären.

Die stagnierende private Investitionstätigkeit wird ergänzt durch die rückläufige öffentliche Investitionstätigkeit. Die Baunachfrage der öffentlichen Hand – die den Hauptanteil der öffentlichen Investitionen ausmacht – ging im bisherigen Verlauf des Jahres erheblich zurück (Wirtschaftskonjunktur, 6/76). Die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand waren in den ersten 4 Monaten 1976 etwa 4,2 Prozent niedriger als im Vorjahr. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/76, S. 67*)

Insgesamt sind die Ausgaben des Bundes, einschließlich der Wirkungen der Konjunkturprogramme, im ersten Quartal um 7,8 Prozent gestiegen (real stieg die öffentliche Nachfrage mit 2,7 Prozent unterproportional). Für das ganze Jahr 1976 ist ein Anstieg der Ausgaben um 5,6 Prozent geplant. Da die Ausgaben der Länder und Gemeinden infolge der Finanzierungsschwierigkeiten voraussichtlich eher noch langsamer steigen werden, ist ein realer Rückgang der öffentlichen Nachfrage wahrscheinlich.

Da die wirtschaftliche Entwicklung sich in den letzten Monaten immer mehr verlangsamt hat, ist die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand gegenwärtig ein eher bremsender Faktor. („Bulletin“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 77 v. 29. 6. 1976)

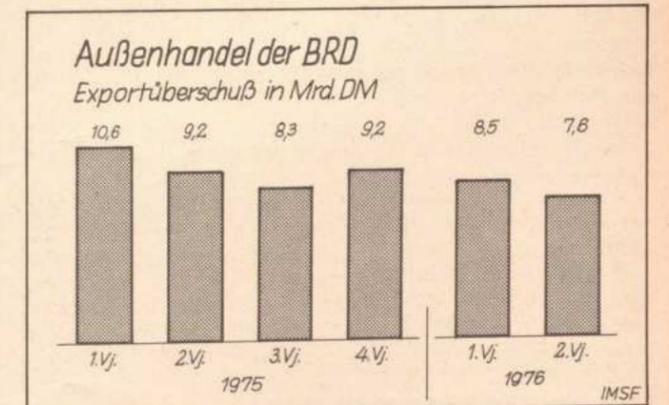
1.4 Außenhandel

Der Export ist inzwischen wieder zu einem ausgeprägten konjunktur-stabilisierenden Faktor geworden.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr
1974	230,6	+ 29,3	179,7	+ 23,6	50,8	+ 53,9
1975	221,6	- 3,9	184,3	+ 2,4	37,3	- 26,8
1. Vj.	52,7	- 3,7	42,1	+ 1,7	10,6	- 20,3
2. Vj.	55,7	- 2,6	46,5	+ 2,9	9,2	- 23,3
3. Vj.	53,0	- 7,8	44,7	- 2,2	8,3	- 29,1
4. Vj.	60,2	- 1,6	50,9	+ 7,4	9,2	- 33,8
1976						
1. Vj.	60,4	+ 14,6	51,8	+ 23,0	8,5	- 19,8
2. Vj.	62,8	+ 12,7	55,2	+ 18,7	7,6	- 17,4

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/76, S. 70*; Neue Zürcher Zeitung v. 27. 7. 1976)



Die Ursache für diese günstige Entwicklung ist nicht nur der insgesamt gestiegene Welthandel, sondern auch die besonders günstige Kostensituation der Bundesrepublik. Die zwischen Ende 1970 und Ende 1975 insgesamt 26prozentige Aufwertung der DM gegenüber den Währungen der Handelspartner (die Kurse wurden mit der regionalen Außenhandelsstruktur der BRD gewichtet) hat offensichtlich nicht ausgereicht, um den Stabilitätsvorsprung der BRD auszugleichen. (HB v. 8. 6. 76)

Die günstige Außenwirtschaftsposition der BRD spiegelt sich auch in der Entwicklung der Terms of Trade wider.

Terms of Trade

	1970	1975
EWG	100	93
BRD	100	102
Frankreich	100	91
Großbritannien	100	84
Italien	100	80

(Quelle: Frankfurter Rundschau v. 13. 7. 1976)

Trotz der Rohstoffpreiserhöhungen von 1973 und 1974 erhielt die Bundesrepublik 1975 für ihre Exporte relativ etwas mehr Importwaren als 1970, als einziges Land der Europäischen Gemeinschaft. Im Vergleich zu den Importpreisen konnten die Exporteure der BRD ihre Preise also stärker heraufsetzen als ihre ausländischen Konkurrenten, ohne ihre Marktposition zu gefährden.

Obwohl die Exporte in den letzten Monaten nur etwas verlangsamt zunehmen, ist der Außenhandel der einzige Faktor, der auch für die nähere Zukunft eine stabilisierende Wirkung verspricht. Damit erweist sich die Außenposition der BRD als außergewöhnlich stabil. Die dadurch verursachten internationalen Disproportionen werden von der BRD zu Kapitalexporten genutzt. Die Handelspartner der BRD zahlen ihre Exporte in die BRD also praktisch mit der Hergabe von Wertpapieren und Unternehmensbeteiligungen.

Überproportional entwickelt hat sich der Export von Verbrauchsgütern, während die Investitionsgüterausfuhr nur langsam ansteigt. Auch international steift die Investitionsschwäche ein wichtiges Merkmal der gegenwärtigen Konjunkturphase dar.

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Seit mehr als einem Jahr steigen die Selbständigeneinkommen steil an.

Einkommen der Privaten aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen

	Brutto		Netto	
	Mrd. DM	% geg. Vorjahr	Mrd. DM	% geg. Vorjahr
1974	216,3	+ 2,0	160,7	+ 1,3
1. Hj. 1975	104,4	+ 1,9	79,8	+ 5,0
2. Hj. 1975	121,0	+ 6,3	91,4	+ 7,8
1. Hj. 1976 ¹	147,0	+ 21,5	115,6	+ 26,5

¹ Berechnet nach Schätzung des Ifo-Instituts

(Quelle: „Info“ 2/76; Wirtschaftskonjunktur 6/76)

Hinter dieser Entwicklung verbirgt sich ein noch weit steilerer Anstieg der eigentlichen Unternehmerrgewinne. Denn die mittelständischen Einkommen leiden noch immer unter der Krise, was sich vor allem an der hohen Zahl der Konkurse zeigt.

Zudem sind die Zinserträge auf Spareinlagen, von denen ein gewisser – allerdings nicht zu überschätzender – Teil auch Arbeitern und Angestellten zufließt, infolge der gesunkenen Sparzinsen zurückgegangen. Sie lagen 1975 trotz gewachsener Ersparnisse um rund 1 Mrd. DM unter dem Vorjahresniveau.

Wie wenig die meisten großen Konzerne unter der Krise gelitten haben und in welchem Tempo ihre Gewinne gegenwärtig wieder steigen, zeigen die von Aktienanalytikern errechneten „Gewinne je Aktie“ bei den führenden Konzernen der BRD. Sie stützen sich natürlich auf die offiziellen Bilanzergebnisse und können daher auch nur in der Tendenz aussagekräftig sein, nicht aber in der absoluten Höhe. Eine Berechnung des „Handelsblatts“ (4. 8. 76) kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

Firma	Gewinne je Aktie ¹ in DM		
	1974	1975	1976
BMW	5,0	13,0	18,0
Daimler-Benz	23,0	30,0	37,0
VW	V	V	12,0
BASF	28,0	14,0	25,0
Bayer	20,0	9,5	17,0
Hoechst	26,0	11,5	23,0
Thyssen	26,0	14,0	18,0
Mannesmann	65,0	95,0	85,0
Hoesch	17,0	V	7,0
Klöckner-Werke	4,0	0,0	10,0
Gutehoffnungshütte	13,0	12,0	12,5
Deutsche Babcock	14,0	24,5	25,0
Klöckner-Humboldt-Deutz	8,5	18,0	21,0
MAN	8,0	12,5	14,0
Holzmann	12,0	10,0	12,0
Girmes	24,0	24,0	28,0
AEG	V	V	5,0
Siemens	25,0	27,0	30,0
BBC	20,5	26,0	28,0
Karstadt	26,5	29,0	34,0
Horten	9,0	9,5	10,5
Kaufhof	15,7	16,5	18,0
Neckermann	6,5	2,5	6,0
Veba	13,0	3,0	13,0
RWE	13,5	17,0	20,0

¹ 100 DM-Aktie V = Verlust

(Quelle: Capital, Das deutsche Wirtschaftsmagazin, 7/76, S. 43)

Sogar die Post konnte als reines Bundesunternehmen 1975 einen hohen Gewinn ausweisen, der mit 630 Millionen DM mehr als doppelt so hoch ist wie ursprünglich angenommen. Für 1976 rechnet Postminister Gscheidle mit einem Gewinn von mindestens 400 Millionen, der jedoch nach dem bisherigen Verlauf möglicherweise noch höher ausfallen wird.

Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit haben zu diesem Ergebnis neben den Gebührenerhöhungen beigetragen. Schon 1974 hatte die Post die vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 40 Stunden ohne Personalvermehrung durchgeführt. 1975 wurden – bei vermehrten Verkehrsleistungen – 3200 Arbeitskräfte eingespart, 1976 sollen weitere 10 000 „freigesetzt“ werden. Die Post spricht allerdings von 50 000 überflüssigen Arbeitern und Angestellten, ein Überhang, der bis 1979 abgebaut sein soll. (FAZ v. 2. 6. 76)

Jedem, der heute und in Zukunft behauptet, die Unternehmerrgewinne müßten lediglich in ausreichendem Tempo steigen, dann würde die Investitionstätigkeit und mit ihr die Beschäftigung zunehmen, können die Erfahrungen des letzten Jahres entgegengehalten werden. Trotz rapide steigender Gewinne und womöglich noch besserer Gewinnaussichten wird nicht mehr investiert als im Vorjahr, ist die Beschäftigungssituation unverändert schlecht, zögert die Konjunktur insgesamt. Die gegenwärtige Entwicklung ist eine drastische Widerlegung einer These, die seit 2 Jahren in jeder möglichen Variante zu hören war: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeits-

plätze von übermorgen.“ Dies sollte gerade im kommenden Wahlkampf und in den bevorstehenden Tarifverhandlungen nicht vergessen werden.

2.2 Konzentration

Die Krise 1974/76 war mit einer Beschleunigung des Konzentrationsprozesses verbunden, der auch durch die seit 1973 wirksame Fusionskontrolle nicht behindert worden ist.

Meldepflichtige Unternehmenszusammenschlüsse¹

1970	1971	1972	1973	1974	1975
291	219	267	243	318	448

¹ Gegenüber dem „Info“ 2/75 wurden die Zahlen den seit 1973 geänderten Kriterien der Meldepflicht angepaßt

(Quelle: „Info“ 2/75; Bericht des Bundeskartellamtes, Bundestagsdrucksache 7/5390, S. 152 ff.)

In einigen Branchen ist die Konzentrationsneigung besonders groß. An den Zusammenschlüssen zwischen 1970 und 1975 waren auf der Seite der Erwerber von Unternehmen beteiligt:

- Kreditinstitute in 253 Fällen = 14 %
- Chemieindustrie in 176 Fällen = 10 %
- Eisen und Stahl in 122 Fällen = 7 %
- Elektroindustrie in 112 Fällen = 6 %
- Maschinenbau in 109 Fällen = 6 %

Auf der Seite der erworbenen Unternehmen waren beteiligt:

- Maschinenbau in 202 Fällen = 11 %
- Handel in 192 Fällen = 11 %
- Chemieindustrie in 141 Fällen = 8 %
- Ernährungsindustrie in 139 Fällen = 8 %
- Dienstleistungen in 134 Fällen = 7 %
- Kreditinstitute in 120 Fällen = 7 %

(Bericht des Bundeskartellamtes, ebd. S. 33)

Die konzentrationsfreudigste Branche ist das Kreditgewerbe. Seit Inkrafttreten der Fusionskontrolle im Juni 1973 waren bei 126 Fusionen, d. h. in 16,3 Prozent der Fälle, Kreditinstitute beteiligt. In 82 Fällen handelte es sich dabei um Zusammenschlüsse zwischen Banken und Nichtbanken, in 44 Fällen um Zusammenschlüsse innerhalb des Kreditgewerbes. (Zweijahresgutachten der Monopolkommission „Mehr Wettbewerb ist möglich“) Sieht man einmal von der überragenden Rolle des Kreditgewerbes ab, dann scheint eine Richtung der Zusammenschlüsse von den vorgelagerten Produktionsstufen in die konsumnahen Branchen hinein zu erfolgen, die noch immer relativ weniger stark konzentriert sind als die konsumferneren Industriezweige.

Zusammenschlüsse nach Art der Fusionen

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	Zusammen
Insgesamt	291	219	267	243	318	448	1786
davon:							
Horizontal	217	167	218	196	235	336	1369
in %	74,6	76,3	81,6	80,7	73,9	75,0	76,7
Vertikal	27	19	21	19	50	53	189
in %	9,3	8,7	7,9	7,8	15,7	11,8	10,6
Konglomerate	47	33	28	28	33	59	228
in %	16,1	15,1	10,5	11,5	10,4	13,2	12,8

(Quelle: Bericht des Bundeskartellamtes, a. a. O., S. 152 ff.)

Wenn nach Art der Zusammenschlüsse auch keine eindeutige Tendenz erkennbar ist, so hat doch seit 1973 die Zahl der vertikalen Zusammenschlüsse etwas überdurchschnittlich zugenommen. Allerdings stehen an erster Stelle noch immer die Zusammenschlüsse auf einer Produktionsstufe mit dem Ziel der Marktbeherrschung – d. h. ho-

izontale Fusionen –, wobei es sich meist um Fusionen auf einheitlichen Einzelmärkten handelt.

Die Monopolkommission hat in ihrem Bericht die hundert umsatzstärksten Unternehmen untersucht und dabei zwischen 1972 und 1974 ein überproportionales Umsatzwachstum registriert.

Die „hundert Größten“

	1972	1974
Umsatz in Mrd. DM	327	456
In % der Gesamtwirtschaft	21,7	24,6
Exportquote	24,0	29,2

(Quelle: Zweijahresgutachten der Monopolkommission, zit. in: Berliner Extradienst v. 27. 7. 1976)

Auch die Exportquote ist überdurchschnittlich hoch. Etwa 50 Prozent des Warenexports entfällt auf die Gruppe der „100 Größten“, die dadurch das lukrative Exportgeschäft beherrscht.

Die Monopolkommission kommt in ihrer Untersuchung, die sich vor allem auf den Zeitraum seit Einführung der Fusionskontrolle bezieht, zu hinsichtlich der Wirksamkeit dieses Gesetzes kritischen Ergebnissen. Vor allem die „Bagatellklausel“, die die Genehmigungspflicht bei einer Fusion mit Unternehmen, deren Jahresumsatz unter 50 Millionen liegt, aufhebt, hat dazu geführt, daß der Anteil dieser Zusammenschlüsse sprunghaft angestiegen ist. In wachsendem Maße gliedern sich große Konzerne solche relativ kleinen Unternehmen an und zerstören dadurch insbesondere mittelständische Strukturen.

Betroffen sind davon Bereiche wie z. B. die Textilindustrie, deren Struktur gegenwärtig rasch verändert wird. Anfang 1976 lag die Zahl der Textilbetriebe mit 2786 um 4,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Nur ein Teil dieser Unternehmen ging in Konkurs. Andere wurden von größeren Konzernen übernommen.

Der beschleunigte Prozeß des Aufkaufs kleiner Betriebe durch große Konzerne ist sicher nicht nur eine Folge der „Bagatellklausel“ des novellierten Kartellgesetzes. Tatsächlich dürfte es sich dabei auch um ein „Anlehnen“ dieser Betriebe an die finanzstarken Konzerne handeln, also auch um eine krisenbedingte Erscheinung, ähnlich wie die wachsende Zahl der Konkurse.

Beide Momente, Insolvenzen und Aufkauf, sind Bestandteile des monopolistischen Strukturwandels.

Obwohl der Aufschwung nun bereits ein halbes Jahr andauert, ist die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche noch immer nicht rückläufig.

In den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres wurden insgesamt 3897 Fälle von Insolvenzen gemeldet, 3,4 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Offensichtlich profitieren kleinere Unternehmen – auf die die Insolvenzen ganz überwiegend entfallen – nur in geringem Maße von der „Gewinnexplosion“. Dabei macht eine große Zahl von selbständigen Betrieben oft ohne einen Konkurs „dicht“. Dieser Prozeß ist z. B. im Handwerk ausgeprägt. So sank die Zahl der Handwerksbetriebe nach einer Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) zwischen 1970 und 1975 um 67 000 oder 11,5 Prozent.

Heute ist die Gründung eines Handwerksbetriebs nur bei einer umfangreichen Ausstattung mit Kapital möglich, wobei das hohe Risiko eine Finanzierung vorwiegend durch Bankkredite weitgehend unmöglich macht.

Nach Angaben des RWI ist heute für die Betriebsgründung im Bäckerhandwerk ein Mindestkapitalbedarf von 200 000 DM erforderlich – ohne Baumaßnahmen zu berücksichtigen. Mitte der sechziger Jahre lag der Bedarf bei 50 000 DM. Ein Fleischer benötigt sogar 350 000 DM. Immer mehr Handwerksbetriebe werden daher als Nebenbetriebe von Handel und Industrie gegründet und nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten geführt.

Infolgedessen ist die Zahl der Selbständigen in der BRD 1975 rascher gesunken als in den Vorjahren. Sie ist um 46 000 auf 2,51 Millionen zurückgegangen.

Eine Besonderheit stellt die Tatsache dar, daß die Selbständigenzahlen in der Landwirtschaft nur noch ganz geringfügig um 4000 auf 645 000 gesunken sind, während in den Vorjahren jährlich zwischen 20 000 und 30 000 Landwirte aufgegeben hatten. Offensichtlich wirkt sich hier der auch in der Weltwirtschaftskrise 1929/33 beobachtete Trend „Zurück aufs Land“ aus, der mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängt. Zwar sind die Dimensionen nicht vergleichbar, aber offensichtlich haben auch in der vergangenen Krise in gewissem Maße solche Prozesse stattgefunden. Der Rückgang der Selbständigenzahlen entfiel 1975 fast vollständig auf das produzierende Gewerbe und den Handel, ein Vorgang, der zu einem erheblichen Teil mit dem geschilderten Eindringen kapitalistischer Betriebsformen in mittelständische Bereiche zusammenhängen dürfte.

3 Lage der Arbeiterklasse

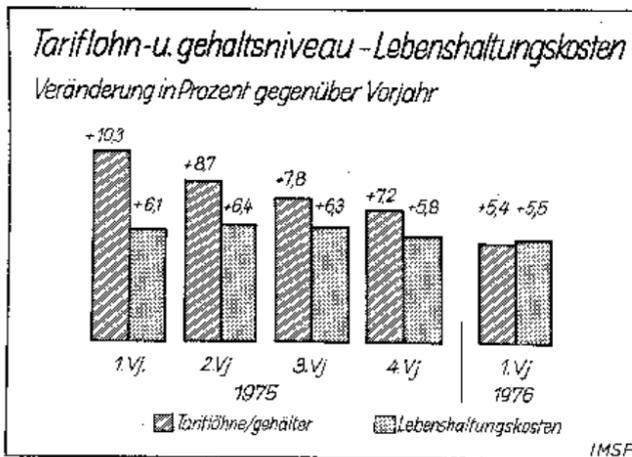
3.1 Löhne und Gehälter

In den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres wurden für etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellte Tarifverträge abgeschlossen. Sie beinhalteten Einkommensverbesserungen von durchschnittlich 5,4 Prozent. Die Steigerungsraten liegen damit noch niedriger als in der Vorjahreszeit, mitten in der Krise. Damals hatten sie 6,7 Prozent betragen. Damit wurde noch im Beginn des „Aufschwungs“ eine weitere Verschlechterung der Verteilungsposition von den Unternehmern durchgesetzt. Auch die um etwa 0,5 Prozent verlangsamte Preissteigerungsrate kann an dieser Feststellung nichts ändern.

Tariflohn- und -gehaltsniveau auf Monatsbasis

	Veränderung in % geg. Vorjahr	Anstieg der Lebenshaltungskosten in %
1975	+ 8,5	+ 6,1
1. Vierteljahr	+ 10,3	+ 6,1
2. Vierteljahr	+ 8,7	+ 6,4
3. Vierteljahr	+ 7,8	+ 6,3
4. Vierteljahr	+ 7,2	+ 5,8
1976		
1. Vierteljahr	+ 5,4	+ 5,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)



Die Summe der Arbeitseinkommen und die Einkommen pro Beschäftigten steigen seit Jahresanfang brutto wieder etwas schneller. Das hängt jedoch damit zusammen, daß infolge vermehrter Überstundenarbeit und infolge des Abbaus der Kurzarbeit die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wieder etwas ansteigt. So lag die Zahl der bezahlten Arbeiterstunden in der Industrie im Januar um 1,5 Prozent über dem

Vorjahresstand. Da dem Abbau der Kurzarbeit aber nur zu einem Teil ein Mehrverdienst entspricht – das Kurzarbeitergeld fällt ja weg – ist die Einkommensverbesserung teilweise nur optisch.

Löhne und Gehälter in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Brutto ¹	Netto ¹	Masseneinkommen ²	Löhne und Gehälter pro Kopf
1975	+ 3,5	+ 3,7	+ 9,7	+ 7,0
1. Vierteljahr	+ 5,0	+ 5,4	- 11,0	+ 8,7
2. Vierteljahr	+ 3,2	+ 3,9	+ 10,0	+ 6,9
3. Vierteljahr	+ 2,3	+ 2,5	+ 9,1	+ 5,9
4. Vierteljahr	+ 3,5	+ 3,2	+ 8,6	- 6,6
1976				
1. Vierteljahr	+ 5,1	+ 2,4	+ 5,2	+ 7,5

¹ Summe; ² Nettolöhne und -gehälter, Sozialrenten und -unterstützungen, Beamtenpensionen

(Quelle: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank)

Neben den niedrigen Tarifabschlüssen wirkt sich seit Jahresanfang offensichtlich der Abbau von Sozialleistungen und die im System der Arbeitslosenversicherung eingebaute Leistungsverminderung bei längerfristiger Arbeitslosigkeit aus. Daher ist erstmals auch die Summe der Masseneinkommen real leicht rückläufig gewesen.

Dem entspricht die gedämpfte Entwicklung im Einzelhandel, die besonders die Fachgeschäfte zu spüren bekommen. Im ersten Halbjahr verzeichnete der Facheinzelhandel einen Umsatzzuwachs von nominal 4 Prozent. (HB v. 28. 7. 76) Das ist real sogar ein leichter Rückgang.

Auch die Zukunftserwartungen sind nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests negativ. Die Beurteilung der Geschäftslage erreichte im Juni den höchsten Negativwert seit 2 Jahren. (Wirtschaftskonjunktur, 7/76, P 15)

Insgesamt ist der private Verbrauch im ersten Quartal 1976 real zwar noch um 2,8 Prozent gestiegen, aber wesentlich langsamer als das Bruttosozialprodukt. Da in den vergangenen Monaten vor allem die Nachfrage nach Pkw zur Stabilisierung beigetragen hat, die inzwischen nachläßt, ist für die kommenden Monate eine weitere Verlangsamung der Verbrauchsnachfrage zu erwarten.

3.2 Steuern und Abgaben

Die Arbeitseinkommen haben seit Jahresbeginn unter dem Druck erhöhter Sozialabgaben und vor allem der erneut angezogenen Steuer-schraube gestanden.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im 1. Halbjahr 1976

	Mrd. DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Steuern insgesamt	109,4	+ 9,5
darunter:		
Lohnsteuern	34,5	+ 12,9
Veranlagte Einkommensteuern	13,8	+ 9,3
Körperschaftsteuern	4,5	- 5,4

(Quelle: Presse- und Funk-Nachrichten v. 22. 7. 1976)

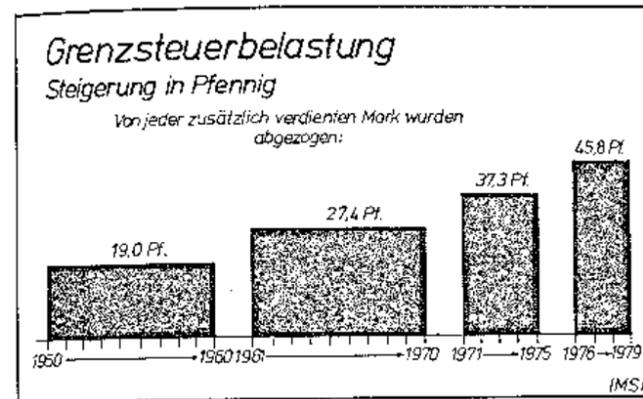
Der Rückgang der Körperschaftsteuerzahlungen ist vor allem auf die Auswirkungen der Investitionsprämie zurückzuführen, die ja zu Steuermindereinnahmen von insgesamt etwa 7 Mrd. DM führen wird.

Dagegen steigt die Belastung der Löhne und Gehälter mit Steuern und Sozialabgaben steil an. Das zeigt besonders deutlich die Entwicklung der „Grenzsteuerbelastung“, die angibt, wieviel Pfennige von jeder zusätzlich verdienten Mark in die Kassen öffentlicher Institutionen fließt.

Entwicklung der Grenzsteuerbelastung in Pfennigen

	Von jeder zusätzlich verdienten Mark wurden abgezogen: Sozialabgaben	Lohnsteuern	Zusammen
1950 bis 1960	11,1	7,9	19,0
1961 bis 1970	11,5	15,9	27,4
1971 bis 1975	15,1	22,2	37,3
1976 bis 1979	17,0	28,8	45,8

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 21/76)



Im Durchschnitt der nächsten 5 Jahre wird jede zusätzliche Mark also mit 45,8 Pfennigen an Abgaben belastet, wobei damit nur die direkten Steuern berücksichtigt sind. Obwohl auch die Sozialbeiträge ansteigen, wird die Dynamik der Abgabenbelastung doch durch die Lohnsteuern bestimmt. Dahinter steckt eine Umverteilung der Finanzierungslasten des Staatshaushalts. Diese werden in steigendem Maße von den Lohnempfängern getragen, während die Bezieher von Gewinneinkommen entlastet werden. Das betrifft nicht nur die Steuertarife sondern auch die Praxis der Besteuerung. Fredersdorf, der Vorsitzende der „Deutschen Steuergewerkschaft“, stellte in einem Hearing des Finanzausschusses des Bundestags fest, daß die Finanzbehörden gegenwärtig einen Berg von Steuerrückständen vor sich herschieben. Insgesamt betragen die Ausstände 22,8 Mrd. DM. Selbst wenn diese Rückstände realisiert werden sollten, bedeuten sie doch einen ungeheuren Zinsverlust. Während der Staat so auf der einen Seite riesige Summen an zinslosen „Krediten“ an die Privatwirtschaft vergibt, verschuldet er sich auf der anderen Seite bei der privaten Wirtschaft und zahlt dafür hohe Schuldzinsen. Dabei schätzt Fredersdorf, daß von diesen Rückständen 9 bis 11 Mrd. DM abgeschrieben werden müssen.

Der Nutzen daraus ist eindeutig verteilt: 21,5 Mrd. von diesen Rückständen entfallen auf etwa 800 000 Personen, etwa 3 Prozent aller Steuerzahler. Nur der Rest von 1,3 Mrd. entfällt auf die Masse der 24 Millionen Steuerzahler. (HB v. 30. 6. 76) Hinzu kommen zahllose Vergünstigungen und Subventionen, die die Gewinne entlasten.

In diesem Zusammenhang gehört auch die Reform der Körperschaftsteuer, die 1977 in Kraft treten soll. Bei einer leichten Erhöhung des Steuersatzes von 51 auf 56 Prozent soll die sogenannte Doppelbesteuerung abgeschafft werden. Bisher wurden Erträge aus Aktienbesitz zweimal besteuert: Die Aktiengesellschaft mußte Körperschaftsteuer zahlen, und der Dividendenbezieher mußte auf die bereits einmal versteuerte Dividende noch einmal Einkommensteuer zahlen.

Nach der neuen Regelung kann der Aktionär die von der Gesellschaft gezahlte Körperschaftsteuer auf seine Steuerschuld anrechnen, wobei er um so mehr Vorteile hat, je niedriger der Einkommensteuersatz ist, dem er unterliegt. Ein Belegschaftsaktionär z. B., der sonst keine Nebeneinkünfte aus Vermögen hat, erhält die Steuergutschrift voll ausgezahlt. Diese Tatsache wurde von der Bundesregierung zum Anlaß genommen, um die Körperschaftsteuerreform als Ausdruck „sozialer Gerechtigkeit“ anzupreisen.

Tatsächlich ist sie nichts anderes als eine Senkung der Steuern auf Unternehmensgewinne. Die Einbußen an Steuereinnahmen belaufen sich allein für 1977 auf 170 Millionen, wobei jedoch infolge der zeitlichen Differenz zwischen Steuerzahlung und Anrechnung die Ausfälle

erst in späteren Jahren kassenwirksam werden (HB v. 9. 6. 76). Eine Beispielsrechnung macht deutlich, daß nicht nur die „Kleinaktionäre“ sondern alle Aktionäre von der Reform profitieren.

Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform

Von 100 DM Gewinn einer AG verbleiben nach alter Regelung	DM	DM	Nettoertrag als Aktionär nach der Reform	Vorteil in DM	Vorteil in %
0	44,88	56,27	11,39	+ 25,4	
22	35,01	43,89	8,88	+ 25,4	
40	26,93	33,76	7,83	- 25,4	
56	19,75	24,76	5,01	- 25,4	

¹ Mehrertrag in Prozent der alten Regelung

(Quelle: Frankfurter Rundschau v. 12. 6. 1976)

Die absoluten Zahlen verändern sich, je nachdem wie die Aufteilung des Gewinns zwischen ausgeschütteten und einbehaltenen Gewinnanteilen erfolgt. In jedem Fall aber ist der Vorteil aus der Steuerreform beim Kleinaktionär absolut größer und relativ gleich wie beim Großaktionär, der dem Spitzensteuersatz unterliegt. Die prozentuale Einkommensverbesserung aber ist bei allen Aktionären gleich.

Tatsächlich aber ist die Untersuchung der Frage, welche Aktionärs-kategorie mehr von der Reform profitiert, verteilungspolitisch weniger wichtig. Denn nur etwa 2 Prozent der Bevölkerung verfügen über mehr als 90 Prozent des Aktienbesitzes (FR v. 12. 6. 76). Diese 2 Prozent – Besitzer von Aktienpaketen und Bezieher von Spitzeneinkommen – profitieren fast ausschließlich von der Reform der Körperschaftsteuer. Zudem erleichtert sie die Finanzierung der Kapitalgesellschaften und stellt so ebenfalls einen konzernfreundlichen Akt dar.

In welchem Maße das Steuersystem umverteilend wirkt, läßt sich an der veränderten Finanzierungsstruktur des Staatshaushalts ablesen. Der Anteil der Lohnsteuern an den Steuereinnahmen von Bund und Ländern stieg zwischen 1966 und 1975 von 19,7 auf 35,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der veranlagten Einkommensteuern von 16,6 auf 13,9 Prozent und der der Körperschaftsteuern von 7,9 auf 5 Prozent (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/76, S. 56*).

3.3 Preise

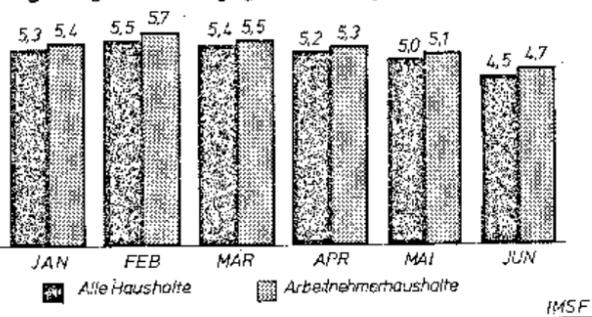
Viel diskutiert wird gegenwärtig die Preisentwicklung. Dabei fällt auf, daß auf der einen Seite Meldungen über Preiserhöhungen sich häufen, während auf der anderen Seite die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten in den letzter Monaten doch merklich zurückgegangen ist.

Preisindex der Lebenshaltungskosten

	Alle Haushalte in % gegenüber Vormonat	gegenüber Vorjahresmonat	Arbeitnehmerhaushalte in % gegenüber Vormonat	gegenüber Vorjahresmonat
Juni 1975	+ 0,7	+ 6,4	+ 0,7	+ 6,6
Juli 1975	0,0	+ 6,2	+ 0,1	+ 6,3
August 1975	- 0,1	+ 5,9	- 0,1	+ 6,2
September 1975	+ 0,5	+ 6,1	+ 0,4	+ 6,3
Oktober 1975	+ 0,3	+ 5,8	+ 0,4	+ 6,1
November 1975	+ 0,3	+ 5,4	+ 0,3	+ 5,6
Dezember 1975	+ 0,3	+ 5,4	+ 0,3	+ 5,6
Januar 1976	+ 0,8	+ 5,3	+ 0,8	+ 5,4
Februar 1976	- 0,7	+ 5,5	+ 0,8	+ 5,7
März 1976	+ 0,4	+ 5,4	+ 0,3	+ 5,5
April 1976	+ 0,6	+ 5,2	+ 0,6	+ 5,3
Mai 1976	+ 0,4	+ 5,0	+ 0,4	+ 5,1
Juni 1976	+ 0,3	+ 4,5	+ 0,3	+ 4,7
Juli 1976	- 0,4	+ 4,1		

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff. Nummern; FAZ v. 2. 8. 1976)

Lebenshaltungskosten 1976
Steigerung in Prozent gegenüber Vorjahrsmonat



Die Verlangsamung der Preisbewegung ist jedoch lediglich ein statistisches Zufallsergebnis, das mit dem „Basiseffekt“ zusammenhängt. So stellt das Ifo-Institut fest, daß in saisonbereinigter Betrachtung die Preise im ersten Halbjahr 1976 schon wieder rascher ansteigen als im zweiten Halbjahr 1975 (Wirtschaftskonjunktur, 7/76, P. 1).

Eine gewisse Verlangsamung der monatlichen Steigerungsraten wird jedoch in der nächsten Zeit auch deshalb zu erwarten sein, weil die saisonbedingt hohen Lebensmittelpreise etwas zurückgehen werden. Es ist jedoch zu erwarten, daß dieser Rückgang geringer sein wird als in den Vorjahren, da die Ernteausfälle infolge der Dürre von den Lebensmittelkonzernen zu Preiserhöhungen ausgenutzt werden.

Gerade in den letzten Wochen hat sich gezeigt, in welchem Maße das System der EG-Agrarmarkordnung ihnen dabei behilflich ist. Denn bei einem großen Angebot kaufen die Vorratsstellen Lebensmittel auf und verhindern dadurch, daß die Einkaufspreise zurückgehen und das Angebot größer wird. Ist das Angebot zu knapp – was ohnehin nur in Einzelfällen vorkommt –, dann können die Vorratsstellen zwar ihre Vorräte auf den Markt werfen, aber nur im Rahmen der festgesetzten Interventionspreise. Die Lebensmittelkonzerne und Handelsorganisationen haben in dieser Situation natürlich kein Interesse an einer Rücknahme der Verbraucherpreise, da ihre Einstandskosten ja ebenfalls nicht zurückgehen. Sie werden im Gegenteil die Meldungen über Ernteausfälle ausnutzen, um die Preise zu steigern. Die Preise sind so praktisch nur nach oben „elastisch“. Die Konkurrenz ist auch nicht derartig, daß sich solche Praktiken aus Wettbewerbsgründen verbieten. Zwar gehört die Ernährungsindustrie zu einer der weniger konzentrierten Branchen, weist aber auf den wichtigsten Einzelmärkten hohe Konzentrationsgrade auf. Zudem gibt es in vielen Bereichen kartellähnliche Zusammenschlüsse, so z. B. die regionalen Zuckerverkaufskontore und den „Fonds zur Förderung der Güte und des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen“. Auf anderen Gebieten wurden vom Kartellamt unzulässige Preisabsprachen festgestellt.

Konzentration in der Ernährungsindustrie im Jahre 1972¹

	Marktanteile der 3 größten Unternehmen in %	Marktanteile der 6 größten Unternehmen in %
Ernährungsindustrie insgesamt	8,4	11,3
darunter:		
Mühlenindustrie	22,8	33,9
Brotindustrie	9,5	16,9
Zuckerindustrie	49,8	60,5
Molkereien	9,3	14,5
Ölmöhlen	54,4	78,7
Margarineindustrie	81,7	89,7
Talgschmelzen	49,2	72,8
Fleischverarbeitende Industrie	33,1	41,4
Brauereien	9,5	16,3
Mälzereien	26,9	38,2
Spirituosen	20,5	31,0

¹ In Fällen, in denen die Zahlen für 1972 nicht veröffentlicht sind, wurden die Zahlen vorangegangener Jahre aufgeführt.

(Quelle: Bericht des Bundeskartellamtes 1975, S. 120/21)

Natürlich sind die Marktanteile für sich allein noch nicht aussagekräftig. Es muß berücksichtigt werden, daß gerade in relativ gering konzentrierten Bereichen neben einigen Großen eine Masse teilweise mittelständischer Betriebe existiert, die den wenigen Großen in jeder Hinsicht unterlegen sind und daher z. B. einen Preiskampf nicht riskieren können. Sie werden sich daher an die „Preisführerschaft“ der Großen anpassen.

Ein praktisches Lehrbeispiel über den Zusammenhang von Erzeuger- und Verbraucherpreisen und den staatlichen Interventionskäufen liefert die Entwicklung der Rindfleischpreise der letzten Monate. Infolge der Dürre gingen die Bauern teilweise dazu über, ihre Rinder wegen Futtermangels abzuschlachten, so daß an den Märkten vermehrt Schlachtrinder angeboten wurden. Infolgedessen sanken die Großhandelspreise. Mitte Juli 1976 lagen die Viehmarktpreise z. B. für Bullen der Klasse A um 7,5 Prozent unter dem Stand von Mitte Juni und 6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Anfang Juli lagen sie sogar um weitere 5 Prozent unter dem Stand von Mitte Juli 1976. Die Rindfleischpreise hätten also im Juli rapide sinken müssen.

Tatsächlich wurde Rindfleisch nach den Untersuchungen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Hessen im Juli um nur 1,9 Prozent im Vergleich zum Juni billiger. Es war immer noch um 2 Prozent teurer als im Vorjahr (FAZ v. 22. 7. und 2. 8. 76). Der Verbraucher hat von der Senkung der Schlachtviehpreise also nicht profitiert. Das liegt zum Teil auch daran, daß die staatlichen Interventionsstellen große Mengen Rindfleisch aufgekauft und so vom Markt genommen haben.

Der Verbraucher kann jedoch sichergehen, daß die auf das Überangebot mit Notwendigkeit folgende Rindfleischknappheit zu erheblichen Preissteigerungen genutzt werden wird. Auch wenn die Interventionsstellen dann das gehortete Rindfleisch auf den Markt werfen, wird das zu den höheren Großmarktpreisen erfolgen und keinesfalls die Verbraucherpreise senken.

Während die Preisindizes der Lebenshaltungskosten gegenwärtig etwas langsamer ansteigen, steigen die industriellen Erzeugerpreise beschleunigt.

Ausgewählte Preisindizes 1976 in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Industrielle Erzeugerpreise	Großhandelsverkaufspreise	Einzelhandelsverkaufspreise
Januar	+2,2	+3,5	+4,3
Februar	+2,7	+4,6	+4,5
März	+3,2	+5,3	+4,3
April	+3,5	+6,0	+4,4
Mai	+3,8	+6,3	+4,2
Juni	+4,1	+5,8	+3,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/76, S. 390)

Die Verringerung der Preissteigerungsraten der Lebenshaltungskosten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese „Beruhigung“ nur von kurzer Dauer sein wird. Insgesamt ist der „Inflationssockel“, von dem der Aufschwung ausgeht, höher als je zuvor.

3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

Mit dem Abschluß der Tarifbewegungen in der Bekleidungsindustrie, Druckindustrie (Mai) und Chemieindustrie (Mai/Juni) war die Lohnrunde 1975/76 faktisch abgeschlossen. In dieser Lohnrunde ist es das Ziel der konzentrierten Aktion der Unternehmerverbände gewesen, eine Reallohnsenkung durchzusetzen. Allein um einen Reallohnverlust zu vermeiden, wären Lohn- und Gehaltserhöhungen von mindestens 8,5 Prozent notwendig gewesen. Auch die letzten wichtigen Tarifabschlüsse der Lohnrunde zeigen, daß dieses Ziel in keiner Weise erreicht werden konnte.

Trotz des ebenfalls unzureichenden materiellen Ergebnisses in der Druckindustrie bedeutet das Resultat des harten Arbeitskampfes der Drucker doch einen tarifpolitischen Durchbruch, weil es gelang, diese Lohnleitlinie gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmerverbände zu überschreiten.

Einige der letzten Tarifabschlüsse in der Lohnrunde 1975/76

Gewerkschaft	Abschluß	Bereich und Anzahl der Beschäftigten (in Klammern)	Inhalt des Abkommens
ÖTV, DPG, GdED	April 1976	Öffentlicher Dienst einschließlich Post und Bahn (2,2 Mio.)	5 %, mindestens aber 85 DM; Ausbildungsvergütungen 5,3 %, mindestens aber 25 DM
HBV	April 1976	Versicherungsangestellte (200 000)	5,4 %, mindestens aber 90 DM; Urlaubsverlängerung 1 Tag
IG Bergbau und Energie	April 1976	Kohlebergbau (180 000)	5,25 %, Erhöhung der Treueprämie (ab 1. 10.)
Gewerkschaft Textil-Bekleidung	Mai 1976	Bekleidungsindustrie (600 000)	5,4 %, Urlaubsverlängerung 1 Tag, Anhebung des Urlaubsgeldes um 25 DM
IG Druck und Papier	Mai 1976	Druckindustrie (190 000)	6 % plus 275 DM für April und Mai
IG Chemie-Papier-Keramik	Mai/Juni 1976	Chemieindustrie (690 000)	5,85 %, mindestens aber 85 DM; Ausbildungsvergütungen 32 DM

(Quelle: „Die Quelle“, Mai und Juni 1976)

Daß dieser Streik die tarifpolitische Landschaft der Bundesrepublik verändert hat, zeigte sich dann auch an den Tarifverhandlungen in der Chemieindustrie. Der von den Druckern erbrachte Beweis, daß auch unter Krisenbedingungen erfolgreiche Streiks möglich sind, bedeutete schon während der Verhandlungen eine wichtige Hilfestellung für die Verhandlungsführung der IG Chemie. Die Abschlüsse liegen mit 5,85 Prozent dann auch deutlich höher als die der IG Metall und ÖTV. Auch wenn die IG Chemie den Druckern nicht durch einen niedrigeren Tarifabschluß während des Streiks in den Rücken fiel, nutzte jedoch der Hauptvorstand der Chemiegewerkschaft in keiner Weise die Erfahrung der IG Druck und verzichtete vollständig auf jeden Versuch, in den Betrieben eine Kampfbereitschaft für die ursprüngliche Forderung von 5,4 Prozent plus 50 DM zu mobilisieren.

Eine bedeutsame neue Erscheinung in der Tarifpolitik bedeutet der Abschluß von sogenannten Maßregelungsklauseln in der Metallindustrie und Druckindustrie. In der Metallindustrie wurden die Unternehmer verpflichtet, auf Maßregelungen gegen Arbeiter, die an den spontanen Streiks teilgenommen hatten, zu verzichten.

Ein Beispiel für einen erfolgreichen Lohnkampf und ein Signal für die Notwendigkeit eines Lohnnachschlages setzte die 500köpfige Belegschaft des Volvo-Vertriebswerkes in Dietzenbach bei Frankfurt. In den Verhandlungen über einen Haustarifvertrag forderten die IG-Metall-Vertreter eine Lohnerhöhung von 200 DM für alle und 50 DM für die Auszubildenden. Nach wochenlangem Kampf konnte ein Tarifvertrag durchgesetzt werden, der eine Lohnerhöhung von 175 DM und eine gestaffelte Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 45 bis 65 DM vorsieht. Außerdem wurde ein Mindesteinkommen für die Beschäftigten von 1300 DM brutto abgesichert. Der Lohnkampf der Volvo-Belegschaft besitzt als Beweis für die Erfolgsmöglichkeit eines konsequenten Kampfes und als Signal für die Notwendigkeit der Entwicklung von Forderungen in den Betrieben, die eine nachträgliche Reallohnsicherung einhalten, Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse der Bundesrepublik.

3.5 Arbeitslosigkeit

Entwicklung der Erwerbstätigkeit (in 1000)

	1971	1972	1973	1974	1975	Zusammensetzung in %	1975	1971
Erwerbspersonen	26 910	26 901	26 985	26 797	26 424	100	100	
Arbeitslose	185	246	273	582	1 074	4,1	0,7	
Erwerbstätige	26 725	26 655	26 712	26 215	25 350	95,9	99,3	
darunter:								
Selbständige	2 660	2 624	2 595	2 556	2 510	9,5	9,9	
Mithelfende Familienangehörige	1 651	1 596	1 554	1 507	1 420	5,4	6,1	
Beamte	1 996	2 050	2 103	2 124	2 136	8,1	7,4	
Angestellte	8 054	8 175	8 266	8 286	8 390	31,7	29,9	
Arbeiter	12 364	12 210	12 195	11 742	10 894	41,2	46,0	

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 8/76, S. 358)

Die Beschäftigungslage ist insgesamt trotz „Aufschwung“ kaum verändert. Auch gegenwärtig dürfte die Zahl der abhängig Beschäftigten noch leicht zurückgehen. Im ersten Quartal 1976 lag sie mit 21,050 Millionen um rund 450 000 oder 2,1 Prozent unter dem Vorjahresstand. 1975 ist die Erwerbsquote in der BRD deutlich zurückgegangen, von 43,2 auf 42,8 (DIW-Wochenbericht, 30–31/76). Dahinter verbirgt sich statistisch die „Arbeitsmarktreserve“, zu der weiter unten noch Anmerkungen gemacht werden sollen.

Die Krise hat sich nicht nur auf die Beschäftigungslage der Abhängigen, sondern auch auf die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ausgewirkt. Seit dem Höhepunkt im 3. Vierteljahr 1973 bis zum 4. Vierteljahr 1975 ist die Zahl der Erwerbstätigen um 1,620 Millionen gesunken. Dabei ist der Rückgang noch nicht beendet. Nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird die Zahl der Erwerbstätigen 1976 um weitere 300 000 zurückgehen. Das wird allerdings nicht zu erhöhten Arbeitslosenzahlen führen, sondern zum weitaus größten Teil durch Abwanderung von Ausländern und durch Vergrößerung der „Arbeitsmarktreserve“ erfolgen.

Welche Rolle die „Arbeitsmarktreserve“ für den Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit spielt, zeigt eine andere Untersuchung des IAB. Im September 1974 wurde eine repräsentative Gruppe von 8000 Arbeitslosen untersucht, wobei die Gruppe der Ausländer nicht berücksichtigt wurde. Die im September 1974 erfaßten Arbeitslosen wurden ein Jahr später noch einmal befragt.

- Von den 8000 Arbeitslosen waren ein Jahr später:
- 38 % wieder erwerbstätig,
- 34 % arbeitslos gemeldet,
- 29 % aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, darunter
- 11 % als Hausfrauen,
- 8 % als Rentner,
- 5 % wegen Aufnahme einer Ausbildung.

Der durch die Arbeitsmarktlage erzwungene Rückzug aus dem Erwerbsleben trifft besonders die Frauen.

Auch die Abgänge in die Rente erfolgen nur zum kleineren Teil wegen Erreichung des Rentenalters. Arbeitslose zwischen 57 und 58 Lebensjahren konnten nur noch zu 10 % wieder vermittelt werden. Arbeitslose ab 59 Jahre gehen zu mehr als zwei Dritteln „in Rente“. Dadurch wird die Rentenversicherung mit Ausgaben belastet, die mit ihrer eigentlichen Aufgabe nichts zu tun haben. Erwerbspersonen von Mitte 50 ab können eine Arbeitslosigkeit praktisch als Beendigung ihres Arbeitslebens auffassen.

Schwer zu vermitteln sind auch ungelernete Arbeitskräfte, besser dagegen Facharbeiter. Das hat aber teilweise nur indirekt etwas mit der Qualifikation zu tun. „Die hohen Wiedereingliederungschancen der Facharbeiter seien teilweise verbunden mit einem Einsickern in Beschäftigungsbereiche der weniger qualifizierten Arbeiter“ (HB v. 2. 8. 76). Das heißt auf deutsch: Die Unternehmer stellen Facharbeiter zu Hilfsarbeiterlöhnen ein und profitieren von deren höherer Qualifikation.

Festzuhalten bleibt, daß die 29 % der Arbeitslosen, die nach einem Jahr aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, zum allergrößten

Teil unter anderen Arbeitsmarktverhältnissen arbeiten würden, also eigentlich arbeitslos sind, ohne aber registriert zu sein und eine Unterstützung zu beziehen. Der Umfang dieser „Arbeitsmarktreserve“ wird vom IAB für 1976 mit 560 000 angegeben. Es kann nach den vorliegenden Ergebnissen angenommen werden, daß etwa 20 Prozent der Arbeitslosen nach einem Jahr in die „Reserve“ abgehen. Geht man von der Untersuchung des IAB aus, dann müßte die Arbeitslosigkeit – ohne Berücksichtigung der Ausländer – im Juli dieses Jahres mindestens um 200 000 Personen nach oben korrigiert werden. Demnach wären gegenwärtig etwa 1,140 Millionen arbeitslos, rund 100 000 mehr als im Vorjahr. So gerechnet hat die Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit noch zugenommen.

Das sind natürlich nur ungesicherte Annahmen, da ja der Abgang in die „Arbeitsmarktreserve“ um so umfangreicher ausfällt, je länger die Arbeitslosigkeit andauert.

Die wachsende Dauer der Arbeitslosigkeit droht inzwischen zur Herausbildung eines „Kerns“ von Dauerarbeitslosen zu führen.

Dauer der Arbeitslosigkeit in Prozent der Arbeitslosen

	Mai 1975		Mai 1976	
	in 1000	in %	in 1000	in %
Unter 1 Monat	123	12,1	110	11,6
1 bis 3 Monate	292	28,6	218	22,9
3 bis 6 Monate	277	27,3	199	20,8
6 bis 12 Monate	255	25,0	266	27,9
1 bis 2 Jahre	60	5,9	130	13,6
Über 2 Jahre	11	1,1	30	3,2
Insgesamt	1018	100	954	100

(Quelle: Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit)

Ansteigend ist vor allem die Zahl der arbeitslosen Angestellten. Während die Arbeitslosenzahl vom Mai 1975 bis zum Mai 1976 um 6,3 Prozent zurückging, stieg die Zahl der arbeitslosen Angestellten um 25,1 Prozent auf 360 000. Trotz leichtem Rückgang der ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen wächst die Angestelltenarbeitslosigkeit auch gegenwärtig weiter.

Deutlich wächst auch die Zahl der arbeitslosen Akademiker. Im Untersuchungszeitraum stieg sie von 25 000 auf 33 000, d. h. um 32 Prozent. Ein Drittel davon sind Berufsanfänger.

Arbeitsmarkt 1976 (in 1000)

	Arbeitslose	Veränderung gegenüber Vorjahr	Kurzarbeiter	Veränderung gegenüber Vorjahr	Offene Stellen	Veränderung gegenüber Vorjahr
Januar	1351	+ 197	743	- 158	191	- 30
Februar	1347	+ 163	493	- 464	209	- 37
März	1190	+ 76	501	- 312	240	- 21
April	1094	+ 7	356	- 544	252	- 10
Mai	954	- 64	250	- 672	275	+ 10
Juni	921	- 81	218	- 586	281	+ 18
Juli	945	- 90	83	- 566	276	+ 21

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/76, S. 65')

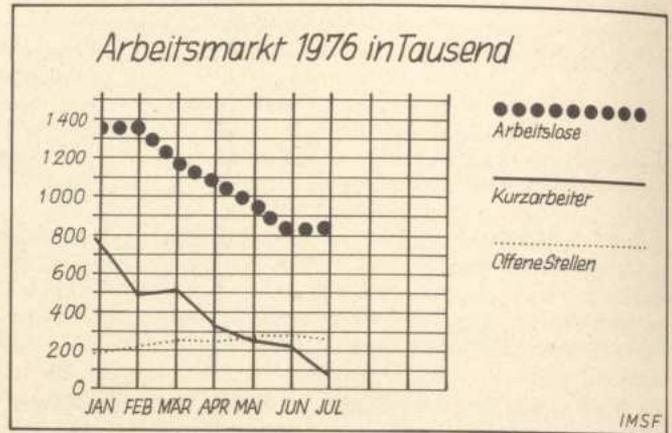
Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: Für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2 % und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Million; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: Steht anstatt einer Zahl „-“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „.“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.

Obwohl die registrierte Arbeitslosigkeit die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht korrekt wiedergibt, gehen auch die offiziellen Arbeitslosenzahlen kaum zurück.



Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wurde im Juli sogar wieder unterbrochen. Der Anstieg war nur wenig flacher als im Juli des Vorjahres und hängt vor allem mit dem Kündigungstermin für Angestellte zusammen. Auch wenn der Anstieg saisonal bedingt ist, zeigt das doch, daß von einem echten konjunkturellen Abbau der Arbeitslosigkeit noch nicht die Rede sein kann. Auch der überproportionale Anstieg der Zahl der Arbeitslosen unter 20 Jahren um 12,6 Prozent auf 87 000 hängt mit dem Schulentlassungstermin zusammen, ist also saisonal bedingt. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß der größte Schub Schulentlassener erst nach Ferienende in den größten Bundesländern auf den Arbeitsmarkt drängt.

Erstmals seit langer Zeit liegt die Arbeitslosenquote für Ausländer deutlich unter der allgemeinen Arbeitslosenquote, nachdem die Ausländerarbeitslosigkeit schon in den vorangegangenen Monaten überproportional zurückgegangen war. Das dürfte in erster Linie mit dem Abbau der Ausländerbeschäftigung insgesamt zusammenhängen, durch die die registrierte Arbeitslosenquote „geschönt“ wird.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt, daß die Arbeitslosigkeit seit Krisenbeginn ihren sozialen Charakter geändert hat. Während zu Beginn und in der Krise von vielen Arbeitslosen ihr „Schicksal“ als vorübergehend empfunden werden konnte, wird es nun für einen erheblichen Teil direkt existenzbedrohend. Nicht nur deshalb, weil auch die Leistungen der Bundesanstalt mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit verringert werden und der Lebensstandard materiell absinkt, sondern auch, weil die Aussichten, überhaupt in absehbarer Zeit eine Arbeit zu finden, immer schlechter werden. Unter diesen Bedingungen sind immer mehr Arbeitslose bereit – das zeigt auch die erwähnte Untersuchung des IAB –, Arbeitsstellen weit unter der alten Qualifikation und unter dem alten Verdienst anzunehmen.

Damit aber wird die Arbeitslosigkeit, auch wenn die absoluten Zahlen etwas zurückgehen, von eher noch größerer Bedeutung für die Arbeiterklasse. Nicht nur, daß sie weit härter und bedrohender für die unmittelbar Betroffenen selbst wird. Ihre Notsituation kann von den Unternehmern heute – mit Unterstützung der veränderten gesetzlichen Vorschriften – weit wirksamer gegen die Beschäftigten als Druckmittel eingesetzt werden als noch vor einem Jahr. Etwas günstigere Zahlen und optimistische „Aufschwungshoffnungen“ dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung ein ganz wichtiger Stellenwert in den sozialen Auseinandersetzungen zukommt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, 5000 Köln, und Klaus Pickshaus, 3550 Marburg

Abschlußtermin dieses Berichts: 6. 8. 1976 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 25,- DM (zuzügl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7,- DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.